

## Gegen Verstaatlichung von Handel und Industrie nach dem Kriege.

Von Leo Lanczy.

Wirklicher Geheimer Rat, Mitglied des ungarischen Magnatenhauses, Präsident der Budapester Handels- und Gewerbekammer.

Budapest, 20. April.

Osterglocken läuten! Verkündigen sie eine frohe Zukunft, oder sollen sie ein Mahnzeichen sein, daß die Welt einem schweren, wenn auch friedlichen Kampfe ums Dasein entgegenght? Wer kann darauf positive Antwort geben und wer ist so scharfsichtig, durch den dichten Nebel, welcher unser volkswirtschaftliches Leben umgibt, die Konturen der zukünftigen Gestaltungen zu erschauen? Zahlreich sind die großen Probleme, welche gelöst werden sollen und müssen und welche in ihrer Gesamtheit das Fundament für den Neubau der wirtschaftlichen Zukunft, für die Prosperität und für das Gedeihen der uns folgenden Generationen bedeuten. Von einem klaren Erfassen der bestehenden Situation, von der richtigen Diagnose an dem durch den Krieg zweifelsohne schwer hergenommenen wirtschaftlichen Körper hängt Wohl und Wehe der Zukunft ab und groß ist die Verantwortung der Staatsmänner, welche berufen sind, uns zu führen, Richtungen zu weisen und die Quellen zu erschließen, aus denen unsere Staaten und Völker ihr Lebenselixir schöpfen sollen.

Wer seine Blicke nur über die Oberfläche der Erscheinungen streifen läßt, muß finden, daß wirtschaftlich eigentlich alles zum besten steht. Die Staatseinnahmen fließen in befriedigender Weise ein; die Kapitalsammlung scheint in ungeheuren Dimensionen zu erfolgen, alle Geldinstitute leuchten unter der Last der einfließenden Gelddepósitos, die mittleren erwerbenden Klassen zeigen in ihrer Lebensführung Symptome eines gestiegenen

steigenden Wohlstandes, Handel und Industrie scheinen bis auf vereinzelte Branchen zu blühen und, was bei uns in Ungarn besonders ausschlaggebend ist, die landwirtschaftlichen Kreise: Gutsbesitzer und Bauernstand erfreuen sich einer Konsolidierung ihrer materiellen Lage, wie sie niemals zuvor beobachtet wurde. Wäre nicht die bedrückende Sorge, welche jede einzelne Familie, ohne Unterschied des Ranges, erfüllt ob des Schicksals ihrer Söhne, die das Vaterland mit dem Einsatze ihres Lebens verteidigen, so würde die Lebensführung der weiten Schichten der bürgerlichen Gesellschaft sich noch viel luxuriöser und behaglicher abspielen.

Wenn man jedoch tiefer in das wirtschaftliche Getriebe eindringt, so können einem die Schattenseiten des heutigen Zustandes nicht entgehen. Sie sprechen auch zu laut für sich. Neben plötzlich erworbenen, mehr oder weniger bedeutenden Vermögen bittere Not der Kleinbürgerlichen Gesellschaft; neben enorm hoch gestiegenen Arbeitslöhnen der erschütternde Notstand zahlreicher Elemente aus den untersten Schichten, deren Ernährer im Felde stehen oder vielleicht schon gefallen sind; neben reichlichen Verdiensten die unerschwingliche Teuerung auf der ganzen Linie menschlicher Bedürfnisse, unerschwinglich insbesondere für jene Gesellschaftsgruppen, welche auf ein fixes Einkommen angewiesen sind, die traurige Not gewisser Lateinerkreise (Advokaten usw.), stellenloser Handelsbesitzer und vor allem der Beamtenschaft aller Kategorien. Neben den gesellschaftlichen Kontrasten erheben sich die schweren Besorgnisse ob der wirtschaftlichen Zukunft des Gemeinwesens. Diese Zukunft, sie umfaßt staatliche Aufgaben von höchster Bedeutung, deren Lösung mit enormen Lasten verbunden sein wird, Lasten von einer Höhe, welche die Tragfähigkeit der Völker auf eine harte Probe stellen und auch zu schweren Hemmnissen der zukünftigen Erwerbsverhältnisse führen muß.

Auf diesem seichten Boden stehend, soll unser Staat all die schweren Aufgaben lösen, welche durch den Krieg herausbeschworen worden sind; er soll vor allem die Kriegslasten definitiv konsolidieren; er soll Mittel und Wege finden, um die ins Wanken geratene Wertrelation unserer Valuta wieder sicherzustellen, er soll durch weise durchdachte Handelsverträge die Grundlagen unseres internationalen Handels und unserer wirtschaftlichen Zukunft legen; er soll die Mittel herbeischaffen für die großen staatlichen Bedürfnisse der Reetablierung und der Fort-

entwicklung aller staatlichen Betriebe und von jenen auch Vorjorge treffen für die Anforderungen einer Kriegsbereitschaft auch im Frieden, wie sie die Lehren dieses unseligen Krieges uns aufoktroiert haben. All das muß tief in die Privatwirtschaft eingreifen und es wird einer tiefen Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse bedürfen, damit der Staat in seiner zukünftigen Steuerpolitik die Grenze nicht überschreite, welche die Erhaltung der Erwerbsfähigkeit des Volkes imperativ vorschreibt. Hier muß die größte Staatskunst einsetzen. Eine glückliche Lösung dieses Problems ist eine Gewähr für die Zukunft der erwerbenden bürgerlichen Gesellschaft, ein Postulat jeder wahren Mittelstandspolitik. Dieser Mittelstand hat in diesem Kriege mit nicht erlahmender Hingebung sein Bestes, sein Alles eingesetzt für den Staat und darf erwarten, daß nunmehr auch der Staat es als seine vornehmste Pflicht betrachten wird, die Erwerbsquellen zu mehren, den Wohlstand der bürgerlichen Gesellschaft, der arbeitenden Intelligenzberufe zu pflegen und zu heben.

Um so befremdlicher muß es wirken, zu beobachten, wie sich eine Richtung durchzusetzen trachtet, welche dahin geht, die ad hoc errichteten wirtschaftlichen Kriegsinstitutionen (Zentralen usw.) zu dauernden staatlichen Organisationen auch für die Friedenszeiten auszugestalten und auf diesem Wege das Schlagwort der staatlichen Ingerenz auf vielen Gebieten des volkswirtschaftlichen Betriebes, wo bisher Findigkeit, Anpassungsfähigkeit und die freie Betätigung der arbeitenden undwerbenden Kräfte allein geherrscht haben, zu verwirklichen. Ich fürchte, daß sich da in der Sucht nach neuen Formationen und in der vorgefaßten Meinung, daß der Krieg auf allen Gebieten radikale Umwälzungen herbeiführen müsse, sich ein Schlagwort der Menge bemächtigt, welches die bürgerliche Gesellschaft in ihren Grundfesten zu erschüttern geeignet ist. Gewiß war das Eingreifen des Staates während des Krieges zur Versorgung aller Bedürfnisse des Heeres, zur Sicherung der Ernährung der gesamten Bevölkerung und zur Ver-

hinderung katastrophaler wirtschaftlicher Einseitigkeiten eine eminente Notwendigkeit, welche allein die Disziplinierung und Untereordnung des gesamten Volkes auf ein Ziel hin: den Sieg, organisatorisch gewährleisten konnte. Das kann jedoch eben nur ein Ausnahmezustand sein, wie etwa die Statazialgerichtsbarkeit in Kriegzeiten ein Ausnahmezustand ist und niemals den Gang der ordentlichen Rechtspflege zu ersetzen berufen sein kann. Die Übernahme wichtiger Funktionen des wirtschaftlichen Lebens, welche die Kriegsnötwendigkeit dem Staate aufgedrängt hat, als Ausgangspunkt zu nehmen für die dauernde Festlegung der staatlichen Ingerenz auf jenen Gebieten des volkswirtschaftlichen Lebens, welche bisher von Handel und Industrie bearbeitet wurden, wäre verfehlt, und die Abdrängung ganzer Berufsgruppen von ihren Erwerbsquellen könnte verhängnisvoll werden. Betritt der Staat diese schiefe Ebene, so gibt es meiner Überzeugung nach da keinen Halt und man wird schließlich zum Staatskommunismus hinabgleiten. Das wäre eine Desorganisierung der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung und der heutigen sozialen Schichtung, die mit dieser Ordnung steht und fällt. Die Politik, welche darauf gerichtet ist, alles in den Kreis der staatlichen Monopole zu ziehen, die Ausschaltung des Handels aus dem volkswirtschaftlichen Getriebe oder auch nur seine starke Einengung muß zu einer Untergrabung des Wohlstandes der breiten bürgerlichen Klassen führen, sie müßte auf Millionen Menschen durch die Entziehung ihres natürlichen Nährbodens katastrophal wirken. Insbesondere gilt das für ein Land wie Ungarn, wo das städtische Bürgertum noch nicht jene kraftstrotzende Muskulatur zeigt wie anderwärts, obschon ihre Stärkung und Hebung für dieses Land eine Kulturnotwendigkeit erster Größe darstellt.

Der enge Raum eines Zeitungsartikels erlaubt nicht, dieses soziale Problem hier zu vertiefen und ausführlicher zu behandeln. Ich will nur meine warnende Stimme erheben gegen diese Richtung, in die man unser Staatschiff drängen will, und dafür eintreten, daß mit dem Frieden der Handel wieder alle seine legitimen Funktionen aufnehme und — restitatio in integrum — nach wie vor wieder die volle Handelsfreiheit ihre Herrschaft antrete.